



Medienmitteilung der Volkswirtschaftsdirektion

Bezirke nehmen Stellung zu Betriebsvarianten am Flughafen Zürich

Die Vertreter aller Bezirke des Kantons Zürich haben heute Abend ihre Stellungnahmen zu den am 8. Dezember 2006 präsentierten 19 Flugbetriebsvarianten für den Flughafen Zürich vorgestellt. Die Präsentation fand im Rahmen der Konsultativen Konferenz unter der Leitung von Volkswirtschaftsdirektorin Rita Fuhrer statt.

Am 8. Dezember 2006 stellte das Bundesamt für Zivilluftfahrt insgesamt 19 technisch mögliche Varianten für ein zukünftiges Betriebsreglement am Flughafen Zürich der Öffentlichkeit vor. Diese beinhalten kurz- sowie mittel- und langfristige Versionen. Der Regierungsrat beauftragte die Volkswirtschaftsdirektion, die Vertreter der Bezirke im Rahmen der Konsultativen Konferenz zu den Betriebsvarianten anzuhören.

Die Vertreter rund der Hälfte der zwölf Zürcher Bezirke, die gemeinsam etwa zwei Drittel der Bevölkerung im Kanton repräsentieren, sind offen für Varianten, die mit Pistenverlängerungen verbunden sind. Davon befürworten zwei Bezirke eine raumplanerische Vorsorge für eine Parallelpiste. Sechs Bezirke mit rund einem Drittel der Einwohner des Kantons schliessen Veränderungen am Pistensystem aus.

Kein Bezirk unterstützt eine Plafonierung von jährlich 250'000 Bewegungen. Die Hälfte der Bezirke erachtet 320'000 Bewegungen als vertretbare Grenze. Diese lehnen Betriebsvarianten, die eine grössere Kapazität ermöglichen, ab. Jene Bezirke, welche zwei Drittel der Bevölkerung im Kanton Zürich repräsentieren, unterstützen eine nachfrageorientierte Entwicklung. Dabei soll allerdings dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Begrenzung der Lärmbelastung Rechnung getragen werden.

Für eine Nord- oder Nord-/Ost-Ausrichtung, nötigenfalls mit Einführung des gekröpften Nordanflugs, sprechen sich drei Viertel der Bezirke, die rund 80 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, aus. Ein Viertel der Bezirke und damit rund 20 Prozent der Bevölkerung bevorzugen eine Verteilung der Flugrouten.

Die Stellungnahmen der Bezirke werden nun in der Volkswirtschaftsdirektion weiter ausgewertet und dem Regierungsrat sowie dem Bund zur Kenntnis gebracht.

Ansprechperson für Fragen:

Gregor F. Lüthy, Kommunikationsbeauftragter, Volkswirtschaftsdirektion,
Telefon 079 404 73 65